

Pressemitteilung

15. Februar 2007

Gemeinsame Erklärung von Städtetag und Gemeindebund Neueste Zahlen zur Unternehmenssteuerreform: Kommunen müssen Milliardenverluste befürchten

Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützen die Pläne der großen Koalition zur Reform der Unternehmensbesteuerung. Sie äußern aber aufgrund aktueller Berechnungen aus dem Bundesfinanzministerium erhebliche Zweifel daran, dass die Reform auf der Basis des vorliegenden Gesetzentwurfs – wie zugesagt – für die Kommunen aufkommensneutral bleibt.

„Es ist ein richtiger Schritt, die Gewerbesteuer zu erhalten und in ihrer Struktur sogar zu verbessern“, betonten die Präsidenten der beiden kommunalen Spitzenverbände, Oberbürgermeister Christian Ude, München, und Bürgermeister Roland Schäfer, Bergkamen, heute in Berlin. So könne man die Städte und Gemeinden wieder in die Lage versetzen, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in die kommunale Infrastruktur zu investieren.

Allerdings setze dies voraus, dass die Unternehmenssteuerreform für die Kommunen aufkommensneutral bleibe. Ude und Schäfer erinnerten daran, dass die beiden Verhandlungsführer der großen Koalition, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und Ministerpräsident Roland Koch, ausdrücklich zugesagt hätten, die Kommunen sollten durch die Reform nicht schlechter gestellt werden.

Es gebe erhebliche Zweifel, so die Präsidenten der beiden Verbände, dass diese Zusage durch den jetzt vorliegenden Gesetzentwurf tatsächlich eingehalten werde. So führe die Reform der Unternehmensbesteuerung nach Berechnungen aus dem Bundesfinanz-

ministerium in den Jahren 2008 bis 2011 zu deutlichen Mindereinnahmen der Gemeinden. Insgesamt seien in dieser Zeit Steuerausfälle der Gemeinden von über vier Milliarden Euro zu erwarten, allein für 2008 sei mit Steuerausfällen von mehr als zwei Milliarden Euro zu rechnen.

Ude und Schäfer appellierten an die große Koalition, die politische Zusage der Aufkommensneutralität für die Kommunen unbedingt einzuhalten. Angesichts von Sozialausgaben der Kommunen in Höhe von mehr als 37 Milliarden Euro, einer immer noch schwachen Investitionstätigkeit und der Erwartungen der Politik an den Ausbau der Kinderbetreuung seien Mindereinnahmen nicht zu verkraften.

„Es ist unabdingbar, entweder den Gesetzentwurf so zu korrigieren, dass die Städte und Gemeinden keine Steuereinnahmen verlieren oder dieses Ziel durch eine Senkung der Gewerbesteuerumlage sicherzustellen. Anderenfalls wird das Reformwerk nicht die Zustimmung der Städte und Gemeinden finden können“, sagten die Präsidenten des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Kontakt:

Deutscher Städtetag, Volker Bästlein, Pressesprecher, Tel.: 0 30/3 77 11-1 30

Deutscher Städte- und Gemeindebund, Franz Reinhard Habel, Pressesprecher, Tel.: 0 30/7 73 07-225